

Dienstag, 17. November 1992

Regierungspräsident Walter Stich zur Standortsuche für Sondermüll:

# Die Karten werden neu gemischt

Stemwede/Rahden/Espelkamp. (lamp/ned) „Die Karten werden neu gemischt.“ Mit diesen Worten soll der Regierungspräsident in Detmold, Walter Stich, nach Auskunft von Heinrich Bredemeier, Mitglied der Rehburg-Loccumer Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“ erklärt haben, daß alle 37 möglichen Standorte für eine Sondermülldeponie neu untersucht werden sollen. Damit gelangen auch wieder fünf mögliche Standorte im Raum Stemwede, Rahden und Espelkamp in die Auswahl.

Insgesamt werden allein zwölf Standorte zwischen Petershagen und Stemwede in dem vor zwei Jahren erstellten DTM-Gutachten (Deutsche Montan-Technologie) aufgeführt. Davon waren in Petershagen zwei (Rosenhagen und Quetzen) in die engere Wahl unter sieben verbliebenen Standorten gekommen. In der vergangenen Woche hatte Stich in Minden deutlich gemacht, daß frühestens um die Jahrtausendwende mit der Verwirklichung der Deponie in Petershagen zu rechnen sei. Während er gleichzeitig erklärte, daß die gegenwärtige Vorkundigung zügig vorangetrieben würde, stellte er einen Tag später in Borgentreich (Kreis Höxter), einem weiteren möglichen Standort, in Aussicht, daß die Gutachten neu zu mischen seien, also ein neues Gesamtgutachten zu erstellen sei. Offensichtlich hat der öffentlich Druck von Bürgerinitiativen wie in Petershagen, wo sich 6 000 Bürger gegen die Sondermülldeponie zusammenschlossen, Wirkung gezeigt. Stich selbst soll mit

dem Gutachten nicht zufrieden sein.

Gegen die Kriterien, die diesem Gutachten zugrunde liegen, wendet sich in der Hauptsache die Bürgerinitiative aus Rehburg-Loccum, die mit den Petershagener Bürgern zusammenarbeitet. Alle 37 Standorte haben eines gemeinsam: tonigen Boden. Nach Meinung von Heinrich Bredemeier ist die Vorauswahl aller Standorte nach geologischem Kartematerial erfolgt, das etwa 10 bis 15 Jahre alt sein dürfte.

Das Beispiel Deponie Münchehagen habe gezeigt, daß das unter dem Ton befindliche Kreidestein aufgrund seiner Struktur durchlässig und damit als Deponieuntergrund ungeeignet sei. Außerdem seien in den Vorkundigungen keine Bohrungen vorgenommen worden. Während in der sogenannten Freiflächenbewertung vorhandene Leitungen negativ in der Beurteilung zu Buche schlagen („Unverständlich angesichts des Volumens einer solchen Deponie“) würden nachweisbar gesundheitliche Vorbelastungen einer bestimmten Region nicht als Kriterium berücksichtigt. Als Beispiel nannte Bredemeier die hohe Leukämiekonzentration im Petershagener Raum. Ferner sei es unbegreiflich, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung am Ende des Planfeststellungsverfahrens einsetze.

„Unten wird eine 2,5 Millimeter dicke Folie, für die es von der Herstellerfirma eine 20jährige Garantie gibt, aufgelegt. Später kommt ein Deckel drauf. Es werden chemische Produkte

zusammengeschüttet und niemand weiß, welche chemischen Reaktionen entstehen,“ beschreibt Bredemeier den Bau der Anlage.

Seines Wissens soll die Deponie von einer privaten Gesellschaft betrieben werden, die natürlich wirtschaftlich arbeiten wolle, so daß damit zu rechnen sei, daß nicht nur

## „Irgendwann machen die sich vom Acker

Giftmüll aus der näheren Umgebung gelagert werde. „Irgendwann machen die sich vom Acker und die Kommunen stehen da. Eine Sanierung in Münchehagen ist nicht unter zwei Milliarden Mark möglich,“ malt der Umweltschützer ein dunkles Zukunftsbild.

Heinrich Bredemeier rechnet damit, daß im Zuge eines neuen Auswahlverfahrens diejenige Region große Chancen habe, in den „Genuß“ der Sondermülldeponie zu kommen, wo am wenigsten Widerstand aus der Bevölkerung zu erwarten ist. Eine große Rolle dürfte seiner Meinung nach auch die Verkehrsanbindung spielen.

Die betroffenen Kommunen aus dem Altkreis Lübbecke traf die neue Entwicklung offensichtlich unvorbereitet. Espelkamps Stadtdirektor Dr. Eller: „Daß die Stadt Espelkamp im Gutachten als möglicher Standort auftaucht, höre ich das erste Mal.“